

Adresse an den SPD-Parteitag und seine Delegierten

Deutschland und die SPD am Scheideweg

Wir sehen uns gedrängt, an die Delegierten des SPD-Parteitages die Fragen zu stellen, die uns selbst vielfach in der Bevölkerung gestellt werden.

Wie konnte es dazu kommen,

dass in unserem Land, dem stärksten Industrieland Europas, in dem die arbeitende Bevölkerung mit den Gewerkschaften und der SPD große soziale Errungenschaften erkämpfen konnte, die von den ArbeitnehmerInnen in ganz Europa als beispielgebend angestrebt wurden; in dem die arbeitende Bevölkerung mit der deutschen Einheit 1989 die größten Hoffnungen auf einheitliche soziale Errungenschaften für alle verband;

- dass in diesem Land heute 2,6 Millionen Kinder unter der Armutsgrenze leben und viele von ihnen während des Schulunterrichts hungrig bleiben müssen, weil das Geld für Schulspeisung fehlt?
- Dass die Hartz-Gesetze und Lohndumping über 7 Millionen ArbeitnehmerInnen zwingen, mit entrechteten Armutslöhnen und Billig-Jobs ihr Leben und das ihrer Familien zu fristen?
- Dass ältere Menschen nach langem Arbeitsleben um ihr berechtigtes Arbeitslosengeld und Rente einfach betrogen werden und sich längst überwundene Altersarmut wieder in der Gesellschaft verbreitet?
- Dass von diesem Land, dessen Volk aus grauenvoller Erfahrung im Faschismus und Krieg geschworen hatte: „Nie wieder Krieg – Kein Einsatz von deutschen Soldaten auf fremdem Boden“, heute wieder Soldaten zu Kriegseinsätzen in die Welt geschickt werden?

Sind das die bitteren Früchte einer „Reformpolitik“, die von der EU allen europäischen Ländern verschrieben wurde, mit der nach der Regierung Kohl die Regierung Schröder – im Namen der SPD – „Deutschland erneuern“ wollten. Einer Politik, die von der Großen Koalition fortgesetzt wird – in der die SPD erneut Verantwortung trägt?

Was soll aus dem vereinten Deutschland werden, in dem die soziale Spaltung zwischen arm und reich, zwischen Ost und West die Gesellschaft zu zerreißen droht und die Menschen, und besonders Jugendliche, aus den östlichen Teilen auf der Suche nach Ausbildung und Arbeit fortziehen müssen, um der Hoffnungslosigkeit zu entkommen?

Von allen Seiten erheben sich die Stimmen: Stop dieser Politik!

Ottmar Schreiner hat heftige Reaktionen ausgelöst, als er sagte: **„Die deutsche Sozialdemokratie befindet sich an einem Scheideweg. Es ist kurz vor zwölf: Die Basis löst sich vereinzelt auf, die Funktionäre sorgen sich um ihre Positionen, der Partei droht die Implosion – wenn wir jetzt nicht umsteuern und zum Kern einer Politik sozialer Demokratie zurückkehren. Wir Sozialdemokraten in der SPD haben die Pflicht, uns den Totengräbern des Reformismus in unserer eigenen Partei entgegen zu stemmen. Es geht um das Erbe August Bebels, Kurt Schumachers und Willy Brandts.“**

Kurt Beck schlägt nun die Verlängerung des Arbeitslosengeldes 1 vor. Er will nicht mit der ganzen Erbschaft der „Zumutung“ der Agenda 2010 von Schröder/Müntefering vor den Parteitag treten. Wieso aber stellt er nur einige Punkte der Agenda in Frage?

Ottmar Schreiner spricht das aus, was die große Mehrheit der ArbeitnehmerInnen, RentnerInnen, Arbeitslosen denkt und was sie von der SPD hören will.

Ja, die Mehrheit will den Bruch mit der Agenda 2010. Sie will, dass das Gesetz für die Rente mit 67 aufgehoben wird. Dass die Rente wieder für alle auf ein Niveau gehoben wird, dass ihnen ein würdiges Leben erlaubt.

Aufgehoben werden müssen die Hartz-Gesetze, die die Verarmung im Lande rasant beschleunigt haben, und die Gesundheitsreformen und Selbstbeteiligungen aller Art, die den Ärmern die notwendige medizinische Versorgung verwehren:

die Bevölkerung will nicht mit neuen Kürzungen den Preis dafür zahlen, dass Finanzminister Steinbrück die öffentlichen Haushalte den Defizitregeln des Maastrichter Vertrages unterwirft.

Die Privatisierung der Krankenhäuser, der Deutschen Bahn muss gestoppt werden, die Bahn muss wie die Post und Telekom wieder als einheitliches Staatsunternehmen vollständig in den öffentlichen Dienst zurückgeführt werden.

Die Flächentarifverträge der Beschäftigten im öffentlichen Dienst – wie in der gesamten Wirtschaft – müssen wieder hergestellt werden

Das ist der Weg, um der Tarifautonomie und unseren Gewerkschaften mit ihren vom Grundgesetz garantierten Aufgaben und Rechten wieder Respekt zu verschaffen, sowie Niedriglohn und Lohndumping wieder verschwinden zu lassen.

Aber wir fragen den Parteitag, die Delegierten, und fragen Ottmar Schreiner, der mit seinem Alarmbeitrag den SPD-Mitgliedern und GewerkschafterInnen aus der Seele gesprochen hat:

Ist es möglich, die Rentenkürzungen wieder aufzuheben, ohne mit dem europäischen Stabilitätspakt zu brechen, der mit seinem Kürzungsdruck auf die öffentlichen Haushalte gerade auch auf die Sozialausgaben zielt? Ohne mit den beschäftigungspolitischen Leitlinien der EU zu brechen, die unbedingt die Erhöhung des Renteneintrittsalters fordern? (Grundzüge der Wirtschaftspolitik der EU - 2005-2008; s. Anm.1)

Ist es möglich, die Hartz-Gesetze aufzuheben, ohne die entsprechenden EU-Richtlinien in Frage zu stellen?

Kann das Rad der Gesundheitsreform zurückgedreht werden, ohne die entsprechenden EU-Vorgaben in Frage zu stellen?

Ist es möglich, unsere Flächentarifverträge wieder herzustellen, ohne zu beschließen, in allen Punkten den Geboten des EU-Grünbuchs zur völligen Deregulierung der Arbeitsverhältnisse („Flexicurity“) entgegen zu treten? (Anm. 2 und 3)

Stellen sich nicht diese Fragen, sobald man sich zum Ziel setzt, tatsächlich mit der Agenda-Politik zu brechen, die von der Regierung der Großen Koalition weiter fortgesetzt wird?

Es ist zu hören, dass Oskar Lafontaine und Die Linke die Politik der Agenda 2010 kritisieren. Daraus wollen sie ihre Glaubwürdigkeit schöpfen. In der Realität aber setzt Die Linke diese Agenda-Politik in der Koalition mit der SPD im Berliner Senat von A bis Z um:

Von der sozialen Demontage, Einschnitten im öffentlichen Haushalt gegen Krankenhäuser, Schulen und Universitäten, bei gleichzeitigen Milliardengeschenken an die Spekulanten im „Bankenskandal“, von Tarifvertragsbruch und Lohnkürzungen bis zur Privatisierung kommunaler Wohnungen, Kitas und der Zwangsrekrutierung von fast 33.000 Ein-Euro-Lohnsklaven aus dem Heer der Arbeitslosen.

Auch Oskar Lafontaine spricht von einem „anderen Europa“, einem „sozialen Europa“. Wie kann es das im Rahmen der europäischen Verträge, angefangen beim Maastrichter Vertrag, geben? Wo und wann hat ein Oskar Lafontaine die Aufhebung dieser Verträge gefordert, die in Deutschland z.B. in den Hartz-

Gesetzen ihre Übersetzung finden, und natürlich jedem Kampf für die Aufhebung dieser Schandgesetze entgegen stehen?

Diese Probleme sind zu ernsthaft, um sie zum Gegenstand trügerischer „linker, alternativer“ Versprechungen zu machen.

Es ist die Aufgabe der SPD, mit ihrem Gewicht und ihrer Tradition – und niemand anderem kommt diese Verantwortung zu – diese Fragen zu beantworten und klar zu sagen: Bruch mit der Europäischen Union!

Finanzminister Steinbrück, SPD, unterstützt die Maßnahmen der Europäischen Zentralbank (EZB), 300 Milliarden Euro in die Spekulation zu pumpen, die durch noch drastischere Einschnitte in die öffentlichen Haushalte wieder reingeholt werden müssen, sowie den Euro-Kurs auf 1,42 Dollar steigen zu lassen, was Europa mit einem neuen Kahlschlag gegen Arbeitsplätze und Löhne bedroht.

Unter dem Druck der Krise der internationalen Finanzspekulation sagt man uns, dass nun auf europäischer Ebene weitere Anstrengungen unternommen werden müssten, um die Wettbewerbsfähigkeit in der Globalisierung zu steigern.

Der gleiche Steinbrück fasst solche Anstrengungen wie folgt zusammen: „Man muss die Strukturreformen in den Ländern der Euro-Zone fortsetzen, besonders die für den Arbeitsmarkt und die Renten.“

Kurz, Steinbrück sagt: „Weiter so“!

Er hat sich im Namen der Europäischen Union an alle Länder in Europa gewandt, um ihnen zu sagen: Macht es wie wir, treibt eure Bevölkerung in Armut und Unsicherheit, und setzt wie wir das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre herauf.

Kann man so etwas akzeptieren?

Kann man eine Zukunft des Friedens und der sozialen Sicherheit, auf die alle Völker Europas hoffen, auf dem Trümmerfeld aufbauen, das von der EU-Politik angerichtet wird?

Wer will uns weismachen, dass der Zerfall der Flächentarifverträge in Deutschland, dass die „Reformen“ des Gesundheitswesens und des Rentensystems, oder die seit 18 Jahren von Kohl, Schröder, Merkel im Namen der Inflationsbekämpfung und der Senkung der „Kosten der Arbeit“ unter der Führung der EZB und der EU-Kommission betriebene Politik der Arbeitsplatzvernichtung, Lohnsenkung und Privatisierung beigetragen habe, die soziale Lage der ArbeitnehmerInnen in Europa, besonders in Polen, Ungarn, Tschechien oder Rumänien zu verbessern? Die ArbeitnehmerInnen dort sehen sich zum Auswandern gezwungen, um Arbeit und Lohn zu finden, wodurch aber nur die „Kosten der Arbeit“ in ganz Europa weiter gesenkt werden.

Was hier stattfindet, ist eine zerstörerische Spirale des Lohn- und Sozialdumpings, die alle Länder nach unten reißt.

Den Weg in eine Zukunft des Friedens und der solidarischen Zusammenarbeit in Europa finden wir vielmehr in dem gemeinsamen Kampf der ArbeitnehmerInnen in Europa gegen die Richtlinien und politischen Vorgaben der EU:

In dem gemeinsamen Kampf der ArbeitnehmerInnen in Deutschland, die sich gegen die Gesundheitsreform und gegen die Privatisierung der Krankenhäuser erhoben haben, wie gegen die Schrumpfung des öffentlichen Dienstes und die Privatisierung der Bahn, mit den französischen oder italienischen ArbeitnehmerInnen, die heute gegen die Verlängerung des Renteneintrittsalters von 65 auf 67 Jahre kämpfen.

Ist es nicht die Verantwortung der SPD, sie in ihrem Kampf zu unterstützen, indem sie die Streichung der Rente mit 67 fordert?

Muss die SPD sich nicht endlich für den Bruch mit den Politikvorgaben der EU entscheiden, um wieder zur SPD zu werden und die Unterstützung der Mehrheit im Volke zurückzugewinnen?

Ist es schließlich nicht notwendig, den neuen EU-Vertrag abzulehnen, der die Befugnisse, die sich die Institutionen der Europäischen Union gegen die Völker anmaßen, noch verstärken soll? (Anm. 4)

Es geht um die Zukunft des Landes, seiner ArbeitnehmerInnen

und die Demokratie; um die Zukunft der SPD, der ältesten Partei in Deutschland, und der mit ihr in Unabhängigkeit für die gleichen Ziele verbundenen starken Gewerkschaften.

Deshalb fühlen wir uns gedrängt, uns nachdrücklich an den SPD-Parteitag und seine Delegierten zu wenden:

Die Wirklichkeit und Erfahrung zeigen:

die Bestrebungen und das Recht der ArbeitnehmerInnen auf einen Lohn, von dem sie anständig leben können, das Recht auf eine Zukunft für unsere Kinder in Deutschland und ganz Europa, sind unvereinbar mit dem zentralen Ziel der Politik der EU, die ArbeitnehmerInnen in Konkurrenz gegeneinander zu hetzen, ihre Rechte und Errungenschaften zu demontieren und zu deregulieren und die öffentlichen Dienste und Daseinsvorsorge zu privatisieren.

Wenn man wirklich mit der Agendapolitik brechen will, wenn man sämtliche sozialen Errungenschaften der deutschen Arbeiterbewegung und den Sozialstaat zurückgewinnen will, erfordert das den Bruch mit den Institutionen und Verträgen der Europäischen Union und das Nein zum neuen Vertrag.

Das ist die einzige Möglichkeit, die Völker vom ungezügelten zerstörerischen Wettbewerb zu befreien und den Weg für eine solidarische Zusammenarbeit der freien Völker und Nationen Europas zu ebnen.

Die ArbeitnehmerInnen, Arbeitlosen, RentnerInnen, GewerkschafterInnen, SPD-Mitglieder haben genug von allen möglichen Ausflüchten. Sie wollen und fordern endlich einen radikalen Kurswechsel der SPD, der Mehrheitspartei der Arbeitnehmerschaft dieses Landes.

Ja, es ist kurz vor zwölf. Aber es ist noch nicht zu spät!

ErstunterzeichnerInnen: Gotthard Krupp (SPD, AfA, ver.di); Jürgen Müller (SPD, AGS); Rainer Döring (ver.di); Winfried Lätsch (NGG); Volker Prasuhn (SPD, AfA, ver.di); Axel Zutz (SPD, AfA, IG BAU); Klaus Schüller (SPD, AfA, DGB-Sekretär); Gaby Hahn (SPD, AfA, ver.di-PR); Werner Neuhoﬀ (SPD, AfA, IG Metall); Adele Neuhoﬀ (SPD); Benno Jacobs (SPD, ver.di); Beate Sieweke (SPD, AfA, ver.di); H.-W. Schuster (SPD, AfA., ver.di); Uli Kissels (SPD); Barbara Venator (SPD, AfA); Paul Paternoga (SPD, AfA); Justine Hauptmann (SPD); Eva Gürster (SPD, ver.di); Henning Frey (SPD, GEW); Klaus Wesemann (SPD, AfA, ver.di); Robert Pastyrik (SPD); Michael Altmann (SPD, AfA, ver.di); Gerd Freitag (ver.di, PR); Dr. Klaus Schröer (SPD); Hans-Jörg Müller (SPD, AfA, ver.di); Peter Kreutler (SPD, AfA, ver.di); Brigitte Wenter (SPD, AfA); Katja Asriel (SPD). 26 KollegInnen haben auf der Betriebs- und Personalrätekonferenz am 13. 10. 07 in Duisburg unterzeichnet. (Angaben in Klammern dienen nur der Information.)

(Anm. 1): EU-Kommission, 12. 4. 2005: „Angesichts der prognostizierten Kosten der Bevölkerungsalterung sollten die Mitgliedstaaten durch ein ausreichendes Tempo des Schuldenabbaus die öffentlichen Finanzen stärken, die Renten- und Gesundheitssysteme so reformieren, dass sie finanziell tragfähig sind (...),“ (Integrierte Leitlinie 2) und dass sie „sich an wandelnde Erfordernisse anpassen, um auf diese Weise die Erwerbsbeteiligung, den Verbleib im Erwerbsleben und die Verlängerung des Erwerbslebens zu fördern, einschließlich positiver Arbeitsanreize und Beseitigung frühverrentungsfördernder Negativanreize.“ (Integrierte Leitlinie 17)

(Anm. 2): Grundzüge der Wirtschaftspolitik (2005-2008), vom 12. Juli 2005) Leitlinie 5: „Die Mitgliedstaaten sollten Reformen der Arbeits- und Warenmärkte durchführen, die (...) durch mehr Flexibilität, Mobilität und Anpassungsfähigkeit diese Märkte stützen, um auf Globalisierung, technologischen Fortschritt, Nachfrageverschiebungen und Konjunkturschwankungen reagieren zu können. Ferner sollten die Steuer- und Sozialleistungssysteme reformiert werden, damit größere Anreize geboten werden können und dafür gesorgt wird, dass Arbeit sich lohnt. (...“

(Anm. 3): Grünbuch der EU-Kommission „Ein modernes Arbeitsrecht für die Herausforderung des 21. Jahrhunderts“, EU-Kommission, 22. 11. 2006.

(Anm. 4): Der EU-Vertrag übernimmt bis auf geringfügige Ausnahmen den bisherigen Verfassungsentwurf und alle EU-Verträge.